

freiraum

der Stipendiaten und Altstipendiaten der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



Netzwerk mit Nutzwert
www.vsa-fnf.de



Ausgabe 3/2013

ZAHLTAG – GELD ODER LEBEN

- „Wir brauchen die gleichen Spielregeln“ – Interview mit Dr. Hans-Dieter Holtzmann
- VSA-Reisen 2013 – Abenteuer in Marokko & Romantik in Weimar
- Ankündigung – Konvent und Jahresmitgliederversammlung 2013 des VSA

EINE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND?

Aufstand der Eliten

von FABIAN STEPHANY

Alternativlos wurde zum ‚Unwort‘ des Jahres 2010. Zu oft hatte die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel, das Schlagwort als Rechtfertigung politischer Entscheidungen gebraucht. Ohne es zu wissen, verhalf sie gleichzeitig einer im konservativen Untergrund aufbrechenden Bewegung zu ihrem Namen, der Alternative für Deutschland (AfD).

Namensgebung und Kernforderung der Alternative beziehen sich auf ein Umdenken in der europäischen Währungspolitik. Den Euro durch kleinere und wirtschaftlich homogenere Währungsverbände zu ersetzen, ist die grundsätzliche Forderung. Die populistisch anmutende Forderung der AfD „Europa braucht den Euro nicht“ ließ den Bürger aufhorchen.

Die AfD will durch moderate politische Umgangsformen und fachliche Kompetenz punkten. In Talkshows und Interviews verkörpert ihr Sprecher, Bernd Lucke, Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg, die Attribute der Partei. Mindestens genauso oft wie die Forderung des Austritts aus dem Euro unterstreicht er die europafreundliche Gesinnung der Partei sowie ihr Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Der Verdacht, im Windschatten der Euroskepsis rechtspopulistische Tendenzen zu befördern, hatte sich nach rassistischen Äußerungen des ehemaligen Parteivorstandes, Stefan Milkeritz, an die AfD geheftet. Unangenehm waren auch die offene Islamkritik des Staatsrechtlers Karl Albrecht Schachtschneider und des Ökonomen Wilhelm Hankel, die zu den Unterstützern der AfD zählen, aufgefallen. Um im Wahlkampf 2013 zu bestehen und von Wählern als wirkliche Alternative zu den etablierten Parteien ernst genommen zu werden, hat sich die AfD um ein schlankes Wahlprogramm in weiteren Politikfeldern, wie Energie und Integrationspolitik, Bildung, Steuern und Familie bemüht. In vielen Bereichen lehnt sich das Programm der Alternative an libertäre Ideen an. Sie fordert eine Rückkehr der Gesetzeskompetenzen aus Brüssel zu den nationalen Parlamenten, eine stärkere Einbindung des Bürgers in politische Entscheidungsprozesse, ein vereinfachtes Steuersystem, sowie eine Neuordnung der Integrationspolitik.

Doch in weiten Teilen bestimmt ausschließlich das eigentliche Kampftema der Partei den Umgang mit den Euroskeptikern. So anschniegssam die Grundsätze der Alternative für das bürgerliche Lager auch sein mögen,

im Kern wird die Gretchenfrage zum Euro im Herbst über Gedeih und Verderb der jungen Partei entscheiden. Ihrer personellen Besetzung entsprechend führt die AfD die Debatte über den Euro aus einer rein fachlichen Perspektive. Hauptkritikpunkt ist, dass den Mitgliedsländern der Währungsunion die Möglichkeiten genommen wurde durch Auf- und Abwertung ihrer Landeswährung wirtschaftliche Ungleichgewichte auszubalancieren. Anpassungen der Wechselkurse wirken wie Federn, die den sich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickelten Volkswirtschaften zwischengeschaltet sind. Hat ein Land diese Möglichkeiten nicht, so muss es auf anderem Wege seine wirtschaftliche Unter- oder Überlegenheit gegenüber anderen Staaten kompensieren. Abwertungen der Lohnkosten ist eine Möglichkeit hierfür. Arbeitslosigkeit, wie in vielen südeuropäischen Staaten zu beobachten, kann eine Folge davon sein.

Bei allen sachlichen Abwägungen des Für und Wider des Euros, darf dessen gemeinschaftliche Symbolkraft und die Unkalkulierbarkeit der politische Wirkung, die von seiner Abschaffung ausgehen würde, nicht marginalisiert werden. Der Euro war eine politische Entscheidung und wird dies auch bleiben. Bei allen fachlichen Argumenten für und gegen die gemeinschaftliche Währung in einem mehr oder weniger homogenen Wirtschaftsraum ist und war der Euro ein Politikum. Sollte er eines Tages scheitern, dann nicht weil Politik und Bürger von den volkswirtschaftlichen Mankos seiner ‚erzwungenen‘ Existenz überzeugen sind, sondern weil die politische Spannungen zwischen den Mitgliedsstaaten den Euro nicht mehr tragbar machen würden. Diese politische Dimension der Eurofrage wird von der fachlich versierten Elite der AfD bisher nicht beachtet. Sie begibt sich bewaffnet mit der Gewissheit der wissenschaftlichen Fakten in einen Wahlkampf, der jedoch auf politischem Boden ausgetragen wird. Sicherlich ist der Euro in der Sache nicht alternativlos, seine Alternative aber lässt vor einem zerfallenden Europa fürchten.



Fabian Stephany

studiert Volkswirtschaftslehre in Mailand und ist seit 2008 Stipendiat der FNF.

E-Mail: f.stephany@web.de